

DentaDox MVZ GmbH, München
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

| | EUR | 2023 EUR | 2022 EUR |
|---|---------------------|-------------------|-----------------------------|
| 1. Umsatzerlöse | | 9.631.776,74 | 10.176.943,56 |
| 2. Sonstige betriebliche Erträge | | 4.197.823,94 | 2.410.377,24 |
| 3. Materialaufwand | | | |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren | 703.222,10 | | 858.277,98 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | <u>1.333.717,13</u> | | <u>1.486.421,35</u> |
| | | 2.036.939,23 | 2.344.699,33 |
| 4. Personalaufwand | | | |
| a) Löhne und Gehälter | 4.954.689,91 | | 5.373.829,53 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 3.159,80 (Vorjahr: EUR 3.639,50) | <u>912.921,12</u> | | <u>962.396,18</u> |
| | | 5.867.611,03 | 6.336.225,71 |
| 5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | | 2.762.285,12 | 3.286.987,02 |
| 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | 2.404.432,95 | 2.618.457,23 |
| 7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon Erträge aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 133,00 (Vorjahr: EUR 132,00) | | 133,00 | 132,00 |
| 8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: EUR 310.951,45 (Vorjahr: EUR 182.638,70) | | 310.951,45 | 182.638,70 |
| 9. Ergebnis nach Steuern | | 447.513,90 | -2.181.555,19 |
| 10. Sonstige Steuern | | <u>679,00</u> | <u>15.861,81</u> |
| 11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag | | <u>446.834,90</u> | <u>-2.197.417,00</u> |

DentaDox MVZ GmbH, München
Amtsgericht München, Abtlg. HRB Nr. 241805
Anhang für das Geschäftsjahr 2023

Angaben zum Jahresabschluss

Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde nach den Bestimmungen des Dritten Buches des HGB (§§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB), den einschlägigen Vorschriften des GmbHG sowie nach den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags erstellt. Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften §§ 266 ff. HGB.

Es gelten die Vorschriften für mittelgroße Gesellschaften (§ 267 Abs. 2 HGB), wobei die Gesellschaft die größenabhängigen Erleichterungen des § 288 Abs. 2 HGB in Anspruch nimmt.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen des Johannesbad Konzerns sind gesondert unter den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Beziehungen zu Gesellschaftern sind gesondert im Anhang angegeben.

Einschätzung der Geschäftsführung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit (Going Concern)

Das Eigenkapital der DentaDox MVZ GmbH ist zum 31.12.2023 teilweise aufgezehrt, so dass durch künftige Jahresfehlbeträge das Eigenkapital vollständig aufgezehrt wird. Zur Beseitigung der bilanziellen Überschuldung und zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG Sanierungsmaßnahmen konzipiert und hierzu am 19. April 2024 einen Sanierungsvertrag mit der DentaDox MVZ GmbH abgeschlossen.

Um die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Berichtsgesellschaft im notwendigen Maße zu stärken hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG als Konzernmuttergesellschaft auf Basis der aktuellen Vermögens-, Finanz- und Ertragsplanung folgende Maßnahmen konzipiert.

Zur Abwendung der bilanziellen Überschuldung verzichtet die Johannesbad Holding SE & Co. KG auf Forderungen gegenüber der Berichtsgesellschaft in Höhe von 4.022 TEUR. Weiter werden die verbleibenden Verbindlichkeiten in Höhe von 3.800 TEUR in ein langfristiges Tilgungsdarlehen umgewandelt.

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität bei der DentaDox MVZ GmbH gewährt die Johannesbad Holding SE & Co. KG ein kurzfristiges Sanierungsdarlehen über 500 TEUR. Die Auszahlung erfolgte am 17. April 2024.

Der Jahresabschluss wurde unter Annahme der Unternehmensfortführung (Going-Concern) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen.

Bewertungsmethoden werden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten bilanziert und werden, sofern sie der Abnutzung unterliegen, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungskosten zzgl. Nebenkosten abzüglich Kaufpreisminderungen angesetzt und wird, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig.

Bei allen deutschen Konzerngesellschaften werden Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von 250,01 EUR bis 1.000,00 EUR nach allgemeinen Grundsätzen zur Schätzung der Nutzungsdauer und nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung vereinfachend über 5 Jahre abgeschrieben.

Die **Vorräte** werden zu Anschaffungspreisen einschließlich Nebenkosten abzüglich Preisnachlässen bewertet, die unter Beachtung des Niederstwertprinzips nicht über den Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag liegen.

Forderungen und sonstige Aktiva sind zum Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Wertberichtigungen in Form einer Sammelbewertung Rechnung getragen.

Der Bestand an **flüssigen Mitteln** wird mit Nennwerten bewertet.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Die **Rückstellungen** werden in Höhe des zu erwartenden Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Diese Rückstellungen werden mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst. Die passivierten Rückstellungen decken sämtliche erkennbaren Risiken ab.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten sowie die Zugänge und Abgänge des Anlagevermögens sind unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Auf die Nutzungsdauer des erworbenen Geschäfts- oder Firmenwertes wirken vielfältige Einflussfaktoren teils gegenläufig ein. Da die Nutzungsdauer nicht verlässlich geschätzt werden konnte, wurde für die planmäßige Abschreibung die übliche Nutzungsdauer von zehn Jahren zugrunde gelegt.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind Forderungen gegen die Johannesbad Holding SE & Co. KG in Höhe von 15 TEUR (VJ 29 TEUR) aus der Umsatzsteuer enthalten.

Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Das im Handelsregister eingetragene gezeichnete Kapital beträgt 25 TEUR und ist voll eingezahlt. Alleinige Gesellschafterin ist die Johannesbad Reha-Kliniken GmbH & Co. KG, Bad Füssing.

Fremdkapital

Rückstellungen

Die ausgewiesenen Buchwerte zum Bilanzstichtag entsprechen den ermittelten notwendigen Erfüllungsbeträgen der Rückstellungen.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | Stand | Verbrauch | Auflösung | Zuführung | Stand |
|---|--------------|------------------|------------------|------------------|--------------|
| | 01.01.2023 | 2023 | 2023 | 2023 | 31.12.2023 |
| | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR |
| 1. Personalarückstellungen | 427 | 385 | 42 | 426 | 426 |
| 2. Rückstellungen für Prüfungs- und Beratungskosten | 39 | 26 | 0 | 32 | 45 |
| 3. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen | 89 | 58 | 19 | 32 | 44 |
| 4. Übrige sonstige Rückstellungen | 9 | 0 | 0 | 6 | 15 |
| | 564 | 469 | 61 | 496 | 530 |

Verbindlichkeitspiegel

| | Restlaufzeit | | | | | |
|---|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | bis 1 Jahr | | mehr als 1 Jahr | | mehr als 5 Jahre | |
| | 31.12.2023 TEUR | 31.12.2022 TEUR | 31.12.2023 TEUR | 31.12.2022 TEUR | 31.12.2023 TEUR | 31.12.2022 TEUR |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 206 | 245 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 41 | 7.555 | 3.800 | 0 | 1.267 | 0 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 76 | 105 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gesamtbetrag | 323 | 7.905 | 3.800 | 0 | 1.267 | 0 |

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

In den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der Johannesbad Holding SE & Co. KG in Höhe von 3.839 TEUR (VJ 7.552 TEUR) enthalten. Diese betreffen mit 3.800 TEUR (VJ 0 TEUR) ein Darlehen und mit 39 TEUR (VJ 44 TEUR) Verbindlichkeiten aus der Umsatzsteuer. Im Vorjahr bestanden zum dem noch Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling in Höhe von 5.255 TEUR und mit 2.252 TEUR aus Lieferungen und Leistungen. Auf die Verbindlichkeiten aus Cash-Pooling hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG in Höhe von 4.022 TEUR verzichtet und die Restverbindlichkeit aus dem Cash-Pooling von 688 TEUR zusammen mit den Verbindlichkeiten aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr von 3.112 TEUR in ein langfristiges Tilgungsdarlehen in Höhe von 3.800 TEUR umgewandelt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die erzielten Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

| | 2023 TEUR | 2022 TEUR | Veränderung TEUR | Veränderung in Prozent |
|--------------------|--------------|--------------|---------------------|---------------------------|
| Erlöse Zahnmedizin | 9.264 | 9.762 | -498 | -5% |
| Sonstige Erlöse | 368 | 415 | -47 | -11% |
| | 9.632 | 10.177 | -545 | -5% |

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind außergewöhnliche Erträge in Höhe von 4.022 TEUR enthalten. Diese entfallen auf den Forderungsverzicht der Johannesbad Holding SE & Co KG zur Abwendung einer bilanziellen Überschuldung.

Darüber hinaus sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 61 TEUR (VJ 82 TEUR) enthalten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im sonstigen betrieblichen Aufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 22 TEUR (VJ 35 TEUR) enthalten. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Punktwertberichtigungen für das Vorjahr in Höhe von 11 TEUR und Lieferantenrechnungen, die noch das Vorjahr betrafen, in Höhe von 11 TEUR.

Abschreibungen

Außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Wert wegen dauernder Wertminderung wurden bei den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 1.600 TEUR vorgenommen.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Berichtsgesellschaft hat jährliche Verpflichtungen aus Pachtverhältnissen in Höhe von 481 TEUR für 2024, wovon 30 TEUR p.a. gegenüber der Johannesbad Holding SE & Co. KG bestehen. Bis zum Ende der entsprechenden Pachtlaufzeiten bestehen dadurch finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1.964 TEUR. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen belaufen sich auf 157 TEUR bis zum Ende der Laufzeit.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Markus Zwick, Weßling,
Herr Werner Weißenberger, Passau.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt waren im Berichtsjahr 127 (VJ 137) Mitarbeiter beschäftigt.

| | 2023 Anzahl | 2022 Anzahl |
|-----------------------|----------------|----------------|
| Verwaltung/Vertrieb | 33 | 33 |
| Medizinischer Bereich | 94 | 104 |
| | 127 | 137 |

Konzernabschluss

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird gemäß §§ 290 ff. HGB in den Konzernabschluss der Johannesbad Holding SE & Co. KG mit Sitz in München, die den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen aufstellt, einbezogen. Der Konzernabschluss wird im Unternehmensregister bekannt gegeben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Am 28. Februar 2024 hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG die Zweite Änderungsvereinbarung zum Kreditvertrag vom 23. Mai 2019 abgeschlossen. Somit ist eine hinreichende Liquidität der Gesellschaft im Rahmen der Konzernfinanzierung sichergestellt.

München, den 30. April 2024

DentaDox MVZ GmbH

gez. Markus Zwick

gez. Werner Weißenberger

DentaDox MVZ GmbH, München
Lagebericht 2023

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die DentaDox MVZ GmbH betreibt derzeit an verschiedenen Standorten im Raum Bayern Zahnarztpraxen. Das Unternehmen wurde im Jahr 2018 gegründet und vereint den Geschäftsbereich Zahnmedizin innerhalb der Johannesbad Gruppe. Zum Ende des Berichtsjahres 2023 betreibt der Geschäftsbereich Zahnmedizin unter der B2B-Marke DentaDox an vier Standorten Zahnarztpraxen.

Als Dentalgruppe bietet die DentaDox MVZ GmbH mit ihren Zahnarztpraxen alle zahnärztlichen Behandlungen von der konservierenden Behandlung bis hin zur Implantologie.

Im Fokus der Tätigkeit und somit im Mittelpunkt des Handelns aller Einheiten steht die bestmögliche zahnmedizinische Versorgung der Patienten. Während sich das DentaDox-Managementteam um die administrativen und strategischen Belange der Zahnarztpraxen kümmert, um durch Nutzung von Synergie- und Größenvorteilen im DentaDox-Verbund die Praxen zu entlasten, können sich die Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie ihre Teams der bestmöglichen zahnmedizinischen Versorgung ihrer Patienten widmen. Eine hohe Behandlungsqualität wird nicht zuletzt durch die hohe fachliche Qualifikation, eine permanente Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie durch das Engagement aller Mitarbeiter gewährleistet.

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Ausgangslage stellt sich Ende 2023 im Zuge der Nachwirkungen der vorangegangenen Krisen (Kaufkraftverlust durch hohe Inflation, schwache wirtschaftliche Entwicklung, geopolitische Krisen, hohes Zinsniveau) weiterhin herausfordernd dar. Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes konnte das Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr 2023 mit einer Verringerung von -0,3% dem wieder aufgenommenen Aufwärtstrend seit dem Jahr 2021 nicht folgen. Mit einem rückläufigen Trend der Inflation, steigenden Reallöhnen und einer allmählichen Belebung der Weltwirtschaft dürften sich aber im Laufe des Jahres 2024 zentrale Belastungsfaktoren verringern, was zu einer Erholung der deutschen Wirtschaft beitragen wird.^{1 2}

Laut der Deutschland-Prognose der Bundesbank verzögert sich die Erholung der Wirtschaft im Vergleich zu den Prognosen Bundesbank-Projektionen vom Juni 2022 zeitlich um etwa 3 Quartale. Grund dafür sind die schwächer als erwartete Auslandsnachfrage in der Industrie, der zögerliche private Konsum und gedämpfte Investitionen durch höhere Finanzierungskosten. Ab Beginn des Jahres 2024 soll die Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen und im prognostizierten Bruttoinlandsprodukt um +0,4% steigen. Auch in den Folgejahren 2025 und 2026 soll das Wirtschaftswachstum um +1,2% und +1,3% zulegen.³

Laut Presseinfo der Bundesagentur für Arbeit vom 3. Januar 2024 stieg in 2023 die Arbeitslosenquote leicht um +0,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr auf 5,7%. Die schwache Konjunktur hat auch den Arbeitsmarkt belastet, dieser behauptet sich jedoch weiterhin gut. Die Arbeitslosenzahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um +191.000 auf 2.609.000 Menschen und die Unterbeschäftigung, die z.B. Personen in Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit mitzählt, lag im bundesweiten Jahresdurchschnitt bei 3.449.000, 264.000 mehr als 2022. Der Anstieg beruht hierbei besonders auf der schwachen Wirtschaftsentwicklung, wodurch es für Arbeitslose schwieriger war, eine neue Stelle zu finden. Für die Zunahme spielt hingegen die Betreuung ukrainischer Geflüchteter durch die Jobcenter nur eine minimale Rolle. Der Arbeitsmarkt wurde auch in 2023 vom Einsatz der Kurzarbeit gestützt, die Inanspruchnahme nahm jedoch im Vergleich zu den Pandemiejahren 2020 und 2021 und auch gegenüber dem Nach-Coronajahr 2022 deutlich ab. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹ Vgl. BMWK, Pressemitteilung vom 15.01.2024, Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Januar 2024

² Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 15.01.2024, Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 0,3% gesunken

³ Vgl. Deutsche Bundesbank, Pressenotiz vom 15.12.2023, Deutschland-Prognose der Bundesbank: Sinkende Inflation, aber noch keine Entwarnung

schätzt die jahresdurchschnittliche Kurzarbeiterzahl in 2023 auf rund 220.000, nach 426.000 im Vorjahr. Bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von etwa 31% hat der Einsatz von Kurzarbeit rechnerisch Arbeitsplätze für rund 69.000 Beschäftigte gesichert und deren (vorrübergehende) Arbeitslosigkeit verhindert.⁴

Die Verbraucherpreise haben sich im Jahr 2023 im Durchschnitt um +5,9% erhöht, damit fiel die Inflationsrate geringer aus als im Vorjahr⁵. Gemäß der Deutschland-Prognose der Deutschen Bundesbank wird sich in 2024 diese mehr als halbieren und auf 2,7% sinken. Dieser Abschwung geht unter anderem auf das starke Absinken der Teuerungsrate für Energie zurück. Mit einem Erwartungswert von 2,5% und 2,2% für die Jahre 2025 und 2026 bleibt die Inflationsrate im längerfristigen Vergleich überdurchschnittlich hoch.⁶

Dentalmarkt

Laut dem Bundesministerium für Gesundheit beliefen sich die Gesundheitsausgaben für Deutschland im zweiten Corona-Jahr 2021 auf 474,1 Mrd. Euro, was einem Anstieg um 7,5 % gegenüber 2020 entspricht. Davon entfielen in 2021 rd. 30,5 Mrd. Euro (rd. 367 Euro je Einwohner) auf Ausgaben für zahnmedizinische Leistungen, was einem Anteil von rd. 6,4 % an den gesamten Gesundheitsausgaben entspricht. Im Jahr 2021 beliefen sich hierzu die Ausgaben der GKV (Gesetzliche Krankenversicherung), dem anteilmäßig größten Kostenträger des zahnmedizinischen Bereichs, auf rd. 16,3 Mrd. EUR, was einen Anstieg um rd. 9,4% gegenüber dem Vorjahr 2020 entspricht.⁷

Das Volumen von rd. 30,5 Mrd. Euro für zahnmedizinische Leistungen wurde im Jahr 2021 von rd. 46.300 Vertrags-Zahnärzten erwirtschaftet. Bis zum 1. Halbjahr 2023 reduzierte sich die Zahl der Vertrags-Zahnärzte auf ca. 44.500. Damit ist die Anzahl an niedergelassenen Zahnärzten erneut gesunken. Seit dem Jahr 2005 hält dieser Trend kontinuierlich an. Die Zahl der angestellten Ärzte steigt dagegen seit der in 2015 geschaffenen Möglichkeit der Zulassung fachgruppengleicher MVZs.⁸ In den vergangenen Jahren rückte der europäische Dentalmarkt zudem zunehmend in den Fokus professioneller Investoren. Der Anteil investorenbetriebener MVZs (iMVZ) beläuft sich Ende 2022 auf rd. 29%, mit steigender Tendenz.⁹ Durch den Zusammenschluss von Praxen können Synergieeffekte in den Bereichen Investitionstätigkeiten, Nutzung von Personalressourcen, Digitalisierung sowie Preis-/Leistungsorientierung der Patienten genutzt werden. Der zahnmedizinische Markt bietet zudem

⁴ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Presseinfo Nr. 2 vom 03.01.2024, Jahresrückblick 2023

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16.01.2024, Inflationsrate im Jahr 2023 bei +5,9%

⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank, Pressenotiz vom 15.12.2023, Deutschland-Prognose der Bundesbank: Sinkende Inflation, aber noch keine Entwarnung

⁷ Vgl. KZBV, Jahrbuch 2023, S.8 und S.20

⁸ Vgl. KZBV, Jahrbuch 2023, S. 148 und S. 160

⁹ Vgl. KZBV, Fremdinvestoren in der vertragsärztlichen Versorgung, Stand: 31.12.2022, S. 4

Vorteile im Hinblick auf das hohe Marktvolumen und einer stabilen Nachfrage, welche von konjunkturellen Schwankungen weitgehend unabhängig ist.

Weiter macht sich auch der demografische Wandel im Markt für Zahnmedizin bemerkbar und spielt eine nicht unwesentliche Rolle. Die Babyboomer-Generation, also Menschen, die in den geburtenstarken Jahrgängen der 1950er und 1960er Jahren geboren wurden, stehen an der Schwelle zum Rentenalter. Viele ältere Zahnärzte sind daher intensiv auf der Suche nach Praxisnachfolgern. Gleichzeitig sinkt jedoch die Bereitschaft junger Kollegen, sich in einer eigenen Praxis niederzulassen, stattdessen wählen sie lieber eine Festanstellung. Das Angestelltendasein, sei es in einer Mehrbehandler-Praxis oder in einem großen MVZ (Medizinisches Versorgungszentrum), bietet mehr Sicherheit und Freiheit sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch der steigende Frauenanteil in der Dentalbranche trägt zu der Entwicklung bei, dass sich das Angestelltenverhältnis und die Teilzeitarbeit zu den bevorzugten Tätigkeitsformen entwickeln. Für solche Ansprüche bieten große Praxisstrukturen bestmögliche Bedingungen. Damit nimmt der Wertewandel der nachrückenden Zahnärztegeneration einen direkten Einfluss auf das Arbeitsverhalten und gilt daher als wichtiger Treiber für das Entstehen größerer Praxisgruppen.¹⁰

2. Geschäftsverlauf

Unternehmenssteuerung

Das Steuerungssystem der Johannesbad Gruppe zielt darauf ab, den Konzern bei der Erreichung seiner Ziele und der nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen. Zur Zielerreichung wurde die Unternehmensstrategie erarbeitet, die durch den Einsatz des Instruments der Balanced Scorecard operationalisiert wird. Ein weiteres, zentrales Element des Steuerungssystems stellt die Mehrjahresplanung dar. Für einen Zeitraum von fünf Jahren werden je Gesellschaft und insgesamt für den Konzern im Rahmen der Geschäftsbereichs- und Standortstrategien alle wesentlichen Rahmenparameter berücksichtigt. Ergänzend zu dieser Planung erfolgt jährlich ein Budgetplanungsprozess in enger Abstimmung der Gesellschaften mit dem Konzerncontrolling. Das Budget wird durch rollierende unterjährige Forecasts hinsichtlich aktueller Geschäftsentwicklungen vervollständigt. Ein weiteres Kernelement des Steuerungssystems der Johannesbad Gruppe ist das monatliche Finanzreporting. Dieses gibt Auskunft über den aktuellen Geschäftsverlauf und informiert über die maßgeblichen wirtschaftlichen Steuerungsgrößen. Auf Basis dieser Ergebnisse wird die im Budgetplanungsprozess getroffene Prognose überprüft und mögliche Abweichungen analysiert.

Auf diesem Gebiet der operativen finanziellen Leistungsmessung für den Geschäftsbereich Zahnmedizin dienen neben dem Umsatz auch Auslastungs- und Wirtschaftlichkeitskennzahlen als wichtige

¹⁰ Vgl. Wifor Institute, Studie: Rolle der medizinischen Versorgungszentren in der zahnärztlichen Versorgung, 2021, S. 12 ff.

Steuerungsgrößen. Im Rahmen der Berichterstattung werden diese Kennzahlen auch im Soll- und Vorjahresvergleich dargestellt und stellen so eine effektive und etablierte Informationsquelle für Managemententscheidungen dar. Zusätzlich zu den finanziellen Leistungsindikatoren werden auch nicht-finanzielle Größen für die Steuerung des Unternehmens herangezogen.

Für die fachliche Qualitätssicherung dient unter anderem der Supervisor im Medical Board, der übergeordnet die zahnärztliche Kompetenz vertritt. Über das Medical Board werden Leitlinien für die Patientenbehandlung zwischen den zahnärztlichen Leitern der Praxen abgestimmt, Eckpunkte des Qualitätsmanagements definiert und Vorgehensweisen der gegenseitigen Falldiskussion erarbeitet. Neben der Einführung und Kontrolle von bestehenden und notwendigen Qualitätsstandards (Hygiene, Röntgenzertifizierungen, Fortbildungen, etc.) sichern wöchentliche Abstimmungen mit den zahnärztlichen Leitern der jeweiligen Standorte das hohe Qualitätsniveau.

Geschäftsentwicklung

Umsatzentwicklung und Ertragslage

Die DentaDox MVZ GmbH erwirtschaftete mit ihren Einzelpraxen im Berichtsjahr 2023 einen Gesamtumsatz in Höhe von insgesamt 9.632 TEUR. Damit liegt die Gesellschaft um -5,4 % (-545 TEUR) unter dem Vorjahreszeitraum. Aufgrund der dauerhaften, nicht zufriedenstellenden wirtschaftlichen Entwicklung der Praxis in Riem (greenfield-Praxis mit Eröffnung im Dezember 2018) hat sich die Geschäftsführung dazu entschlossen, die Praxis im Rahmen eines Asset Deals zu veräußern. Die Praxis wurde wirtschaftlich zum 1. Februar 2023 – basierend auf dem im Dezember 2022 unterschriebenen Kauf- und Abtretungsvertrag – übertragen. Der operative Übergang erfolgte nach der bestandskräftigen Zulassung des Käufers zum 1. April 2023, nachdem alle Zugangsvoraussetzungen bzw. die Genehmigung der KZVB vorlagen. Auch aus diesem Grund liegen die Zahlen des Berichtsjahres 2023 umsatzseitig unter den Vorjahreszahlen.

Durch den Verkauf der Praxis in Riem sowie aufgrund der operativen Ergebnisverbesserungen in den verbleibenden Praxen konnte das operative Ergebnis im Berichtsjahr 2023 – bereinigt um außergewöhnliche Geschäftsvorfälle (außerplanmäßige Abschreibung der Geschäfts- und Firmenwerte, Forderungsverzicht der Johannesbad Holding SE & Co. KG, Zuschuss ohne Gegenleistungsverpflichtung der Johannesbad Reha-Kliniken GmbH & Co. KG) um rd. 533 TEUR verbessert werden.

Auch die mit dem Fachkräftemangel einhergehende herausfordernde Nachbesetzung vakanter Stellen konnte zum Teil nur zeitlich verzögert gelöst werden, so dass hierdurch temporäre Umsatzeinbußen zu verzeichnen waren.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen im Berichtsjahr 2023 bei 4.198 TEUR. Diese setzen sich zusammen aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (61 TEUR), periodenfremden Erträgen (5 TEUR) und sonstigen betrieblichen Erträgen (4.132 TEUR). In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind außergewöhnliche Erträge in Höhe von 4.022 TEUR enthalten. Diese entfallen auf den Forderungsverzicht der Johannesbad Holding SE & Co KG zur Abwendung einer bilanziellen Überschuldung.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen des Vorjahres (2.410 TEUR) sind als außergewöhnliche Erträge ein Zuschuss ohne Gegenleistungsverpflichtung der Johannesbad Reha-Kliniken GmbH & Co. KG in Höhe von 1.000 TEUR sowie ein Forderungsverzicht der Johannesbad Holding SE & Co. KG in Höhe von 1.250 TEUR enthalten.

Die Materialaufwendungen haben sich um -13,1 % auf 2.037 TEUR gegenüber dem Vorjahr vermindert. Grund hierfür sind unter anderem die nicht mehr anfallenden Provisionen externer Abrechnungsdienstleister. Beginnend in 2022 wurde das Kompetenzzentrum Abrechnung auf- und ausgebaut. Dieses übernimmt die interne Leistungserbringung bei der Abrechnung, sodass kein externes Abrechnungszentrum in 2023 in Anspruch genommen werden musste. Weiter wurden die Prozesse in der Beschaffung analysiert und ein effizienteres, digital basierendes Bestellsystem eingeführt, wodurch attraktivere Einkaufspreise umgesetzt werden konnten. Ein gesunkener Wareneinkauf und rückläufige Fremdlaborkosten sind auch auf die Veräußerung der Praxis in Riem zurückzuführen.

Der größte Kostenblock – die Personalkosten (5.868 TEUR) – sind im Vergleich zum Vorjahr um -7,4 % gesunken. Dies resultiert aus einem Rückgang der durchschnittlich Beschäftigten.

In den Abschreibungen sind planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.162 TEUR enthalten. Daneben sind außerplanmäßige Abschreibungen auf den Geschäfts- und Firmenwert wegen dauernder Wertminderung in Höhe von 1.600 TEUR vorgenommen worden.

Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (2.404 TEUR), der sonstigen Steuern (1 TEUR) und des Finanzergebnisses (-311 TEUR) hat die Gesellschaft in 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 447 TEUR (Vorjahr Jahresfehlbetrag -2.197 TEUR) erzielt. Bereinigt um die bereits ausgeführten außergewöhnlichen Maßnahmen konnte das operative Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 533 TEUR erhöht werden.

Vermögens- und Finanzlage. Der Rückgang der Bilanzsumme auf der Aktivseite resultiert im Wesentlichen aus planmäßigen Abschreibungen (-1.162 TEUR) und außerplanmäßigen Abschreibungen (-1.600 TEUR) der Geschäfts- und Firmenwerte. Darüber hinaus ist der Rückgang überwiegend dem Abgang der entgeltlich erworbenen Konzessionen (-44 TEUR) und der Sachanlagen (-546 TEUR) durch den Praxisverkauf Riem geschuldet.

Das um -411 TEUR rückläufige Umlaufvermögen trägt ebenfalls zur gesunkenen Bilanzsumme bei. Die abgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Kostenträgern sowie Privatpatienten in Höhe von insgesamt 2.201 TEUR sind gegenüber dem Vorjahr um 35 TEUR stichtagsbedingt höher. Demgegenüber sind die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (-14 TEUR) sowie die sonstigen Vermögensgegenstände (-8 TEUR) gesunken. Bei den Vorräten ist ein Aufbau zu verzeichnen (+70 TEUR). Die liquiden Mittel reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um -495 TEUR.

Die Gesellschaft weist ein Eigenkapital in Höhe von 579 TEUR (VJ 132 TEUR) aus. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 11,1 % (VJ 1,5 %).

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus dem Rückgang des Fremdkapitals in Höhe von -3.817 TEUR. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich stichtagsbezogen um -40 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf 206 TEUR. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind zum Vorjahr um -29 TEUR gesunken. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen reduzierten sich um -3.714 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Zur Abwendung einer bilanziellen Überschuldung sowie zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden Liquidität bei der Berichtsgesellschaft wurden wirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen konzipiert. Neben einem teilweisen Forderungsverzicht per 31.12.2023 (4,0 MEUR der Johannesbad Holding SE & Co. KG) werden die verbleibenden Verbindlichkeiten in Höhe von 3,8 MEUR in ein Tilgungsdarlehen umgewandelt.

Im Vorjahr 2022 verzichtete die Johannesbad Holding SE & Co. KG gegenüber der DentaDox MVZ GmbH rückwirkend auf Forderungen aus Cashpool in Höhe von 1.250 TEUR. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage und zur Beseitigung der bilanziellen Überschuldung hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG am 21. Juni 2023 einen Forderungsverzicht in Höhe von 1.250 TEUR mit Wirkung zum 31. Dezember 2022 vereinbart.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 500 TEUR liegt um 1.128 TEUR über Vorjahresniveau. Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit sind im Vergleich zum Vorjahr um 54 TEUR auf -138 TEUR gesunken. Aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich ein Mittelabfluss von -856 TEUR, der aus Mittelabflüssen aus dem Cashpooling und Zinszahlungen resultiert. Insgesamt beläuft sich der Finanzmittelfonds zum Geschäftsjahresende auf 135 TEUR und liegt somit um -494 TEUR unter dem Niveau des Vorjahres.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personal

In 2023 waren durchschnittlich 127 Mitarbeiter (Vj. 137) beschäftigt. Die Mitarbeiteranzahl lag damit um durchschnittlich 10 Mitarbeiter (-7,0 %) unter dem Vorjahresniveau und liegt überwiegend im Verkauf der Zahnarztpraxis Riem begründet.

Auch in 2023 war der anhaltende Fachkräftemangel in der Zahnmedizin zu spüren. Nach einer Engpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit ist der Beruf der ZFA (Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r) auf Platz 1 der Berufe mit der höchsten Knappheit. Die Gründe dafür sind, dass Bewerber:innen häufig nicht wissen, was sie in diesem Beruf erwartet, eine unzureichende schulische Vorbildung, mangelnde Wertschätzung der Arbeit, aber auch die spezifische Zusammensetzung dieser Ausbildungsgruppe, bei der es beispielsweise häufiger als in anderen Bereichen zu schwangerschaftsbedingten Unterbrechungen oder zu kompletten Wechseln der Ausbildung kommt.¹¹

Dieser ernsthafte Personalengpass in einigen Berufsgruppen führte bei einigen Praxen bei DentaDox zu temporären Vakanzen. Um dem Fachkräftemangel im Assistenzbereich entgegenzuwirken wurde das Projekt „Zwei-Hand-Behandlung“ gestartet. Hierbei wird analysiert, welche zahnärztlichen Behandlungen ohne Assistenz durchgeführt werden können und welche Prozesse hierfür in den bestehenden Praxen angepasst werden müssen.

Generell wird dem Fachkräftemangel mit einer konsequenten Umsetzung der Personalstrategie in den Bereichen strategisches Recruiting, Mitarbeiterbindung sowie Employer-Branding begegnet.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Geschäftsführung schätzt das Geschäftsmodell der Zahnmedizin weiterhin als attraktiv in Bezug auf den Betrieb von Einzelpraxen ein. Die Gesellschaft wurde mit dem Ziel gegründet, durch Akquisition von Zahnarztpraxen (Buy-and-Build-Modell) eine B2B-Marke "DentaDox" aufzubauen. Für den erfolgreichen Betrieb ist eine substanzielle Anzahl von wirtschaftlichen Praxen notwendig.

Zum Berichtszeitpunkt betreibt der Geschäftsbereich Zahnmedizin vier Zahnarztpraxen an verschiedenen Standorten im Raum Bayern. Die Anzahl der aktuell betriebenen Zahnarztpraxen ist für eine positive wirtschaftliche Geschäftsentwicklung nicht ausreichend, so dass die Geschäftsführung Maßnahmen zur Umstrukturierung des Geschäftsbereichs Zahnmedizin eingeleitet hat.

¹¹ <https://www.zm-online.de/artikel/2023/zm-2023-22/bzaek-startet-zfa-kampagne>

Besonderheiten im Geschäftsjahr 2023

Im Bereich der Digitalisierung wurden im Berichtsjahr vor allem die Anbindung an die Telematik-Infrastruktur (TI) und die Nutzung der elektronischen Anwendungen vorangetrieben. Dazu zählte unter anderem die verpflichtende Einführung des E-Rezepts zum 1. Januar 2024. Das E-Rezept ist eine digitale Verordnung von Arzneimitteln, die über die TI übermittelt wird. Die Zahnärzte müssen das E-Rezept elektronisch signieren und den Patienten einen Rezeptcode zur Verfügung stellen, mit dem sie das E-Rezept in der Apotheke einlösen können. Weiter wurden die elektronische Patientenakte (ePA) und die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) eingeführt.

Aufgrund der dauerhaften, nicht zufriedenstellenden wirtschaftlichen Entwicklung der Praxis in Riem (greenfield-Praxis mit Eröffnung im Dezember 2018) hat sich die Geschäftsführung dazu entschlossen, die Praxis im Rahmen eines Asset Deals zu veräußern. Die Praxis wurde wirtschaftlich zum 1. Februar 2023 – basierend auf dem im Dezember 2022 unterschriebenen Kauf- und Abtretungsvertrag – übertragen. Der operative Übergang erfolgte nach der bestandskräftigen Zulassung des Käufers zum 1. April 2023, nachdem alle Zugangsvoraussetzungen bzw. die Genehmigung der KZVB vorlagen.

Ebenfalls wurde die Praxis in der Altstadt von Amberg, welche sich in einer überörtlichen Praxisgemeinschaft mit der Praxis in der Fleurystrasse befand, in die Räumlichkeiten der Fleurystrasse integriert. Somit wurde zum 1. Oktober 2023 aus der überörtlichen Berufsausübungsgemeinschaft eine örtliche Berufsausübungsgemeinschaft. Dies erfolgte vor dem Hintergrund, dass notwendige Ersatzinvestitionen in der Praxis Altstadt Amberg nicht mehr wirtschaftlich gewesen wären. Zusätzlich wurde die Praxis in der Fleurystrasse um ein weiteres Behandlungszimmer erweitert, um den Patienten von der Praxis Altstadt auch zukünftig die bestmögliche Zahnmedizin ermöglichen zu können.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Chancen- und Risikobericht

Markt- und absatzspezifische Chancen

Auch nach Inkrafttreten des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) im Mai 2019, mit dem der Gesetzgeber die Gründungsbefugnis von Krankenhäusern für zahnärztliche MVZ beschränkt hat, ist dennoch ein anhaltender Wachstumstrend von MVZ-Strukturen festzustellen.¹²

Mit der zunehmenden Zahl an investorenbetriebenen MVZs steigt der Wettbewerbsdruck am Dentalmarkt, vor allem für inhabergeführte Praxen. Im Verbund können diese Herausforderungen

¹² Vgl. Wifor Institute, Studie: Rolle der medizinischen Versorgungszentren in der zahnärztlichen Versorgung, 2021, S. 12 ff.

besser umgesetzt werden, sodass überwiegend größere Praxen mit einer stabilen Ertragsstruktur im Vorteil sind.

Zum profitablen und nachhaltigen Ausbau des Geschäftsbereichs ist weiteres Wachstum durch Zukauf weiterer Praxen notwendig. Bei den operativen Einheiten kann durch weitere Professionalisierung von Kernprozessen (z.B. zahnärztliche Versorgung und Abrechnung) sowie nachgelagerten Tätigkeiten (Optimierung von Marketing, Einkauf, Personalrekrutierung) die Ertragskraft gesteigert werden.

Markt- und Absatzrisiken

Die wesentlichen Risiken für einen erfolgreichen Betrieb liegen bei einer Nichterreichung geplanter Patientenzahlen, die aufgrund höher Zuzahlungen, temporär auf Behandlung verzichten. Eine adäquate Vergütung von zahnärztlichen Leistungen ist sowohl bei der KZVB als auch bei privaten Leistungen zwingende Voraussetzung, um die steigenden Kosten sowie Anforderungen an die zahnmedizinische Behandlung sicherzustellen.

Finanz- und Liquiditätsrisiken

Die DentaDox MVZ GmbH unterliegt grundsätzlich Marktpreisrisiken des Kapitalmarkts. Für Steuerung der kurzfristigen Liquiditäts- und längerfristigen Finanzierungsrisiken ist die Konzernholding verantwortlich. Das Management der finanziellen Risiken erfolgt durch das im Bereich Finanz- und Rechnungswesen angesiedelte Treasury bei der Konzernholding. Die Abteilung Treasury bewertet und steuert Finanzrisiken in enger Zusammenarbeit mit den operativen Geschäftsbereichen.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Zinsentwicklung wird im Rahmen der Anschlussfinanzierung bei gleichbleibendem Finanzierungsvolumen mit einer höheren Zinsbelastung gerechnet.

Zur Sicherstellung einer jederzeit hinreichenden Liquidität wurde auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft die Anschlussfinanzierung der bestehenden Konzernfinanzierung Ende Februar 2024 erfolgreich abgeschlossen.

Das Eigenkapital der DentaDox MVZ GmbH ist zum 31.12.2023 teilweise aufgezehrt, so dass durch künftige Jahresfehlbeträge das Eigenkapital vollständig aufgezehrt wird. Zur Beseitigung einer bilanziellen Überschuldung sowie zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität bei der DentaDox MVZ GmbH hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG wirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen konzipiert und hierzu am 19.04.2024 einen Sanierungsvertrag geschlossen. Neben einem teilweisen Forderungsverzicht per 31.12.2023 (4,0 MEUR der Johannesbad Holding SE & Co. KG) werden die verbleibenden 3,8 MEUR in ein langfristiges Tilgungsdarlehen umgewandelt, wobei für 2024 auf eine Verzinsung verzichtet wird. Die DentaDox MVZ GmbH scheidet zusätzlich mit Ablauf des 31.12.2023 aus der Cash-Management-Vereinbarung aus. Weiter verzichtet die Johannesbad Holding SE & Co.

KG im Jahr 2024 auf die Vergütung der Management-Leistungen. Zur Sicherung der Liquidität und zur Vermeidung einer drohenden Zahlungsunfähigkeit wurde am 17.04.2024 ein Darlehen in Höhe von 0,5 MEUR ausgereicht.

Ausfallrisiken

Das Forderungsausfallrisiko ist aufgrund der bestehenden Kundenstruktur als äußerst gering zu beurteilen. Dem Forderungsausfallrisiko wird zudem durch ein konsequentes Forderungsmanagement entgegengewirkt.

IT-Risiken

Die IT-gestützten Geschäftsprozesse des Unternehmens sind Risiken der Informationssicherheit ausgesetzt. Es bestehen Risiken im Hinblick auf den unbefugten Zugriff auf sensible Unternehmensdaten, mangelnde Systemverfügbarkeit als Folge von Störungen sowie Systemausfallrisiken. Zum Schutz der Systeme werden laufend geeignete Maßnahmen durchgeführt und deren Wirksamkeit mitunter auch durch Einbeziehung externer Experten geprüft.

Zusammenfassende Risikobeurteilung

Vor dem Hintergrund der operativen Ergebnisentwicklung sowie dem am 19.04.2024 abgeschlossenen Sanierungsvertrag mit der Johannesbad Holding SE & Co. KG geht die Geschäftsführung unverändert von einer Fortführung der Geschäftstätigkeit aus.

Risiken, welche diese Erwartungshaltung negativ beeinflussen können, sieht die Geschäftsführung in den Unwägbarkeiten der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie in den Unsicherheiten der künftigen Gesundheitspolitik. Diese nicht beeinflussbaren Risiken werden beobachtet und analysiert, um auf mögliche Veränderungen vorbereitet zu sein.

Aus heutiger Sicht werden die identifizierten Risiken insgesamt nicht als wesentlich oder bestandsgefährdend eingestuft.

Die wirtschaftliche Geschäftsentwicklung der Johannesbad-Gruppe war in den vergangenen Jahren insbesondere aufgrund der Corona-Pandemie, der Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, der Energiekrise, der hohen Inflation sowie geringerer Ergebnisbeiträge einzelner Geschäftsbereiche negativ geprägt. Bereits im Geschäftsjahr 2022 wurde das Projekt Future zur Stabilisierung und zur nachhaltig profitablen Ausrichtung der Johannesbad-Gruppe gestartet sowie umfangreiche Maßnahmen erarbeitet, die sich zum Teil in der Umsetzung befinden bzw. bereits im Geschäftsjahr 2023 abgeschlossen werden konnten. Ferner liegt ein Hauptaugenmerk auf der strategischen Ausrichtung sämtlicher Geschäftsbereiche und Standorte sowie auf den unterstützenden Prozessen.

Am 28. Februar 2024 hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG die Zweite Änderungsvereinbarung zum Kreditvertrag vom 23. Mai 2019 abgeschlossen, so dass die Anschlussfinanzierung im Jahr 2024 umgesetzt wurde. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass somit eine hinreichende Liquidität der Gesellschaft im Rahmen der Konzernfinanzierung gegeben ist.

2. Prognosebericht

Für das Gesamtjahr 2024 wird ein Gesamtumsatz in Höhe von 11.173 TEUR geplant (+16,0 % über dem IST 2023). Im Ergebnis wird für 2024 mit einem Jahresverlust in Höhe von -847 TEUR gerechnet. Diese Erwartung beinhaltet 253 TEUR für planmäßige Firmenwertabschreibungen.

Der Materialaufwand soll – in Relation zum Umsatz – auf einem relativ gleichbleibenden Niveau gehalten werden. Dies trotz der für das Jahr 2024 angenommenen, nochmaliger Preissteigerungen zwischen 1,5 - 4,0 % (abhängig nach Warengruppen). Dies zeigt, dass die nachhaltig durchgeführten Kosteneinsparprogramme, die mitunter durch den Konzerneinkauf und die Fachgruppen aber auch auf einen reduzierten Leistungsbezug zurückzuführen sind, effektiv greifen. Die Prozesse in der Beschaffung werden konsequent analysiert und gebenchmarkt, bei Abweichungen kann kurzfristig gegengesteuert werden (digitalisierte Bestellprozesse).

München, 30. April 2024

DentaDox MVZ GmbH

gez. Markus Zwick
Geschäftsführer

gez. Werner Weißenberger
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DentaDox MVZ GmbH, München

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DentaDox MVZ GmbH, München, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DentaDox MVZ GmbH, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Hinweis zur Hervorhebung eines Sachverhalts

Wir verweisen daraufhin, dass die Geschäftsführung der DentaDox MVZ GmbH auf Grundlage der aktuellen Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2024 wie in den Vorjahren von einem Verlust ausgeht. Zur Vermeidung einer drohenden Zahlungsunfähigkeit und zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität hat die Johannesbad Holding SE & Co. KG ein Sanierungsdarlehen in Höhe von TEUR 500 gewährt, das die kapitalmäßige Ausstattung der Gesellschaft bis zum 1. Mai 2025 sicherstellt.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat der Johannesbad Holding Management SE, München, ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen und Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmens-tätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die be-deutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmens-tätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Un-sicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungs-vermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten kön-nen jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fort-führen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt ein-schließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Ge-schäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnis-sen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ver-mittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Geset-zesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zu-kunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Anga-ben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Saarbrücken, 30. April 2024

DORNBACH GmbH
NIEDERLASSUNG SAARBRÜCKEN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Prof. Hell
Wirtschaftsprüfer



Koch
Wirtschaftsprüfer

